



Quelle: Sammlung Oddey

Verlagsgebäude der *Nordischen Rundschau* in der Bergstraße in Kiel

## „... tagtäglich unsere Weltanschauung in das Volk hineintragen“

### Die schleswig-holsteinische NS-Parteipresse und der Gauverlag

In der ersten Ausgabe der von ihm gegründeten *Schleswig-Holsteinischen Tageszeitung* (SHTZ) gab NSDAP-Gauleiter Hinrich Lohse am 2. Januar 1929 die neue Richtung für das Parteiorgan an, das „tagtäglich unsere Weltanschauung in das Volk hineintragen“ solle.<sup>1</sup> Das Blatt war ein Novum, denn es erschien als reichsweit erste Gau-Tageszeitung der NSDAP. Seine Aufgabe war es zunächst, die guten Wahlergebnisse der Partei bei den Reichstagswahlen in den Kreisen Dithmarschen und Steinburg publizistisch mit eigener Stimme abzusichern. Schließlich hatten die meisten bürgerlichen Zeitungen nach dem Wahltag die Erfolge der NSDAP heruntergespielt oder ignoriert und somit die wichtige Aufgabe der Partei erschwert, die Proteststimmung unter den Bauern ideologisch zu nutzen und auf Vorwürfe politischer Gegner schnell zu reagieren.

Der vorliegende Aufsatz widmet sich der Entwicklung der 1929 gegründeten schleswig-holsteinischen NS-Parteipresse, zeigt dabei redaktionelle, personelle und vor allem wirtschaftliche Veränderungen auf und untersucht die Frage, wie es um die nach 1945 häufig postulierte angebliche Übermächtigkeit der im NS-Gauverlag organisierten NS-Presse gegenüber der bürgerlichen Presse bestellt war.<sup>2</sup>

### Gründung

Bereits am 4. November 1928 erfolgte die Eintragung der Buchdruckerei und Verlagsgesellschaft GmbH als Trägergesellschaft der Zeitung ins Handelsregister des Itzehoer Amtsgerichts. Als Geschäftsführer brachte der parteilose Besitzer einer kleinen Buchdruckerei in Itzehoe, Felix Burzinsky, als Fachmann für Herstellung, Anzeigen, Vertrieb und Werbung den für die Unternehmensgründung notwendigen technischen und kaufmännischen Sachverstand und eigenes Kapital in Form von kleineren drucktechnischen Maschinen in die Gesellschaft ein.

Weiterer Gesellschafter war der Kaufmann und im NS-Parteimilieu etablierte Nationalsozialist Paul Schneider, der nicht nur als Repräsentant einer Itzehoer Investorengruppe, sondern auch als Kontaktmann zur Itzehoer Kreditbank auftrat.<sup>3</sup> Zusätzlich war der Kaufmann und NSDAP-Gau-



Quelle: Sammlung Dohntke

Druckereibesitzer Felix Burzinsky

geschäftsführer Emil Brix als Gesellschafter im Handelsregister eingetragen. Im Januar 1929 kamen NSDAP-Gauleiter Lohse als Treuhänder der aus den Ortsgruppen des gesamten Gaus zu rekrutierenden Anteilseigner sowie der Bankkaufmann Willy Ehlers hinzu.<sup>4</sup> Jegliche Veräußerung von Anteilen und somit – ganz im Sinne des Führerprinzips innerhalb der Parteistrukturen – auch die unternehmerische Gesamtstruktur der Zeitung blieb an die Zustimmung von Lohse als Vorsitzendem des Aufsichtsrats gebunden.

### Wirtschaftliche Entwicklung

Trotz der vielfältigen organisatorischen und finanziellen Bemühungen der Gauleitung verlief die wirtschaftliche Entwicklung der *SHTZ* bis zu den Reichstagswahlen von 1930 schleppend:

Die Pläne Lohses, die Anschubfinanzierung von Zeitung und Verlagsgesellschaft, die er auf 30.000 Reichsmark taxierte, über Spenden von Parteimitgliedern und Sympathisanten sowie Werbeaktionen für unverzinsliche Anteilsscheine zu je 100 Reichsmark zu gewährleisten, erwiesen sich als schwierig, denn die Ortsgruppen der Partei fragten diese zunächst kaum nennenswert nach.<sup>5</sup> Ähnlich problematisch verlief auch das erste Geschäftsjahr. Bis August 1929 konnten lediglich 4.500 Abonnenten gewonnen werden, welche die Zeitung während der Erntezeit noch dazu häufig abbestellten.<sup>6</sup>

Wenn auch nach 1933 zum Zweck der Legendenbildung und Verklärung der „Kampfzeit“ übertrieben dargestellt, waren die wirtschaftlichen Belastungen der Gründerzeit gewaltig. Wegen offener Rechnungen drohten die Stadtwerke Itzehoe, den Strom zu sperren, Papierlieferanten ihre Lieferungen einzustellen und Banken laufende Wechsel für aufgenommene Kredite platzen zu lassen. Auch die Münchner Parteizentrale, die Gauzeitungen trotz ihres anerkannten propagandistischen Nutzens als potenzielle Konkurrenten für ihr Zentralorgan, den *Völkischen Beobachter*, betrachtete, verweigerte Kredite.<sup>7</sup> Umso mehr blieb die Zeitung bis Ende 1930 auf die finanzielle Unterstützung durch Parteimitglieder im Gau Schleswig-Holstein angewiesen. In Rundschreiben wies Gauleiter Lohse alle Ortsgruppen wiederholt an, Parteidrucksachen wie Versammlungsplakate, Flugblätter oder Handzettel ausschließlich beim Zeitungsverlag in Itzehoe

Stichmonat	feste Bezieher der <i>SHTZ</i>	Parteimitglieder der NSDAP im Gau Schleswig-Holstein
Januar 1929	2.500	6.000
Januar 1930	5.000	10.000
Januar 1931	9.000	14.000
Januar 1932	10.000	42.000
Januar 1933	14.000	52.000

Relation zwischen NSDAP-Mitgliedern und *SHTZ*-Abonnenten, 1929–1933

drucken zu lassen. Auch größere private Druckaufträge sowohl geschäftlicher als auch privater Natur sollten beim Itzehoer Betrieb aufgegeben werden, ein Abonnement der *SHTZ* darüber hinaus für einen jeden Parteigenossen selbstverständliche Pflicht sein.<sup>8</sup>

Doch sah die Realität anders aus: Im agrarisch geprägten und für die NSDAP propagandistisch interessanten Kreis Schleswig konnte die *SHTZ* beispielsweise bis August 1930 mit 434 von 1.255 gerade einmal ein Drittel aller ihrer Parteimitglieder erreichen. Lediglich bei arbeitslosen ehemaligen Nichtlesern unter den Parteimitgliedern, die ein stark vergünstigtes Abonnement erhielten, zeigte sich früh ein deutlicher Aufwärtstrend.<sup>9</sup> Auflagenhöhe und Verbreitung des Blatts stiegen zwar parallel zur Mitgliederanzahl der NSDAP, aber keineswegs proportional.<sup>10</sup>

Das Missverhältnis zwischen festen Beziehern und Parteimitgliedern verschärfte sich in den Jahren zwischen 1929 und 1933: Während 1930 noch jedes zweite Parteimitglied auch Abonnent der *SHTZ* gewesen war, waren es 1932 weniger als ein Viertel. Der Massenzulauf, den die NSDAP bei Wahlen und eingeschränkt auch bei der Zahl der Parteieintritte erfuhr, wirkte sich somit kaum auf die Abonnemententwicklung aus, die aber gerade für die Finanzierung der Parteipresse eine besondere Bedeutung besaß. Das Selbstverständnis, als Parteimitglied auch ein Abonnement der Parteizeitung zu halten, entsprach somit offenbar nicht mehr demjenigen der von der Partei neu gewonnenen Anhänger. Insgesamt blieb die Auflagenentwicklung damit weit hinter den Erwartungen der Gauleitung zurück und erreichte bis 1933 im Jahresdurchschnitt zum Teil nicht einmal die Hälfte der zu politischen und wirtschaftlichen Werbezwecken angegebenen Auflagenhöhen in Zeitungskatalogen.<sup>11</sup>

Die *SHTZ* hatte damit entgegen ihrer Selbstdarstellung kaum das Potenzial, eine Parteizeitung mit gauweiter Verbreitung und Bedeutung zu werden. Anzeigen wurden vor allem bis 1932 überwiegend von Unternehmen aus den Kreisen Dithmarschen und Steinburg aufgegeben. Auch der lokale Nachrichtenteil brachte meist Meldungen aus diesen beiden Kreisen.



Quelle: Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek Kiel

Erste Gau-Tageszeitung der NSDAP: die Schleswig-Holsteinische Tageszeitung aus Itzehoe

Hinzu traten Probleme beim Vertrieb. So konnte die Zeitung beispielsweise im Ostholsteinischen nur per Post und einen Tag verzögert ausgeliefert werden, was sie gegenüber der lokalen bürgerlichen Konkurrenzpresse zusätzlich unattraktiv machte. Auch in Wahlkampfzeiten war die verspätete Auslieferung in diesen Gebieten ein Problem für die NSDAP, die sich zumindest in den Jahren bis 1932 von der bürgerlichen Presse durch eine eigene Stimme publizistisch ja hatte unabhängig machen wollen. Die logische Konsequenz aus diesen Missständen war gerade in abgelegeneren, für die NSDAP propagandistisch aber interessanten Regionen wie etwa im Kreis Schleswig die Kooperation mit der bürgerlichen Heimatblattpresse, die der Partei das publizistische Forum für deren Selbstinszenierung als Heimatpartei bot.

### Konzeption und inhaltlicher Zuschnitt

Als noch schwieriger für die Parteiführung erwies sich die Situation in den kreisfreien Städten, da die Berichterstattung der *SHTZ* im für die Abonnentenentwicklung wichtigen Regional-, Lokal- und Anzeigenteil überwiegend auf die Leseinteressen der Bevölkerung in den Landkreisen zugeschnitten und damit für städtische Konsumenten, Arbeiter und Angestellte weniger attraktiv war.

Je mehr sich die NSDAP nach 1930 aber auch diesen Zielgruppen zuwandte, desto wichtiger wurden eigene städtische Zeitungsformate. So erklärte sich Gauleiter Lohse im Sommer 1931 damit einverstanden, dass der Kieler NSDAP-Kreisleiter Reinhard Sunkel ab August den *Kieler Volkskampf* herausgeben konnte, der ebenso wie die seit Juli 1932 erscheinende *Flensburger NS-Zeitung* oder der *Lübecker Beobachter* noch keine direkte wirtschaftliche Konkurrenz für die *SHTZ* darstellte, da diese Blätter auf die Bedürfnisse städtischer Leserschichten zugeschnitten blieben.<sup>12</sup>



Traditionsblatt der Sozialdemokraten: die *Schleswig-Holsteinische Volks-Zeitung* aus Kiel

Bei den Neugründungen handelte es sich auch nach Einschätzung der NSDAP-Gauleitung und des Parteibüros um Blätter mit journalistisch und drucktechnisch schlechter Qualität, in denen die „schönsten Stellen wirkungsvoll unterstrichen“ waren.<sup>13</sup> Dass Gauproporz und wirtschaftliche Interessen für wichtiger erachtet wurden als eine möglichst zielgerichtete Parteipropaganda, zeigt die Auseinandersetzung mit der Hamburger Gauleitung, die nach 1930 auf eine verstärkte Verbreitung ihrer Gauzeitung *Hamburger Tageblatt* in den dichter bevölkerten Teilen der wirtschaftlich und kulturell auf den Hamburger Raum ausgerichteten Landkreise Pinneberg und Stormarn drängte. Die Gauleitung Schleswig-Holstein untersagte allen Parteimitgliedern den Bezug des Hamburger Konkurrenzblattes und drohte bei Zuwiderhandeln sogar Parteiausschlüsse an.<sup>14</sup>

Die neuen NS-Wochenblätter waren aber nicht nur aus Sicht der NSDAP-Gauleitung als Kampfblätter gegen die Präsenz der sozialdemokratischen *Schleswig-Holsteinischen Volks-Zeitung* (VZ) in den städtischen Zentren dringend notwendig. Der *Volkskampf*-Redakteur Hinrich Rix erinnerte sich später: „Um der wüsten Hetze [...] der Volks-Zeitung endlich Einhalt gebieten zu können, schufen wir unser eigenes, wöchentliches Kampforgan, den ‚Volkskampf‘. Wir mussten uns, als wir diese Zeitung ins Leben riefen, darüber klar sein, daß sie nur als noch gröberer Keil auf den groben Klotz der ‚Volks-Zeitung‘ in der Öffentlichkeit wirken würde.“<sup>15</sup>

Mit einer derart radikal politischen Meinung konnten diese Blätter ihre Auflagen zwar anfangs schnell erhöhen, mussten dann aber eine Auflagenstagnation bewältigen, da ihre Interessentenkreise relativ begrenzt waren und sich mit ideologischen Versatzstücken und einer wüsten Parteipropaganda allein kein großer Leser- und Anzeigenkundenstamm aufbauen ließ. Leser bürgerlicher Zeitungen konnten vielmehr überwiegend nur dort abgeworben werden, wo die Parteipresse auf einen ausgesprochenen Kampf- und Parteiorgancharakter verzichtete.<sup>16</sup>

Diese Überlegung scheint seitens der Gauleitung – anders als beim *Kieler Volkskampf* – bereits bei der Gründung der *SHTZ* berücksichtigt worden zu sein. Das vor 1928 herausgegebene offizielle Gauorgan, *Der Nationale Sozialist* aus dem Berliner Kampf-Verlag, also dem linksgerichteten Parteiflügel der NSDAP zuzuordnen, war noch ausschließlich als Kampfblatt und als Unterrichtsorgan für die Parteiöffentlichkeit – insbesondere für deren Funktionäre – konzipiert worden.<sup>17</sup> Solange die NSDAP-Parteizeitungen vor allem der Kommunikation unter ihren Mitgliedern dienen sowie die Parteistrukturen festigen sollten und weniger auf den Gewinn neuer Leser- und Wählergruppen gezielt hatten, machte eine solche Ausrichtung konzeptionell Sinn.

Dagegen setzte die Neugründung *SHTZ* von Beginn an auf eine Doppelstrategie: Schon der Titel *Schleswig-Holsteinische Tageszeitung* kam seriöser und bodenständiger daher und war Programm: Die Zeitung sollte sowohl „Kampfblatt unser [sic] Bewegung in der Nordmark“ als auch „Familienblatt des nationalsozialistischen Freiheitskampfes“ zugleich sein.<sup>18</sup> In Wahlkampfzeiten sollte die *Tageszeitung* als Flug- und Kampfblatt aufgemacht werden, sich außerhalb dieser Perioden aber stärker am Stil bürgerlicher Heimatblätter orientieren, vor allem auch, um Inserenten für das wichtige Anzeigengeschäft nicht abzuschrecken.<sup>19</sup>

Bereits 1929 hatte die *SHTZ* ihren Lesern mit Beilagen und Korrespondenzen deutschnationaler Verlage mit Witzspalten, Fortsetzungsromanen und Beilagentiteln wie „Nach Feierabend“, „Aus der Heimat“, „Hof und Scholle“ ein buntes unterhaltsames Spektrum ohne jegliche individuellen Züge anzubieten. Das Beilagenprogramm war Ausdruck des Selbstanspruches des Blattes, in der Region auch Heimat- und nicht nur Parteiblatt zu sein. An der Westküste bekannte und populäre Pseudonyme wie Pidder Lüng, Wulf Isenbrandt oder Hein Godewind sollten dabei bewusst parteipolitische Positionen überdecken, indem sie konservative Bodenständigkeit vortäuschten. Die Berichterstattung des Lokalteils blieb außerhalb von Wahlkampfzeiten überwiegend auf den ländlichen Mittelstand bezogen, sozialistische Elemente wurden dementsprechend seit 1930 zurückgedrängt.

Diese Entwicklung entspricht einem Wandel der nationalsozialistischen Pressepropaganda auf Reichsebene, die reichsweit aber erst 1932 offiziell zum parteipolitischen Programm erhoben wurde.<sup>20</sup>

Das neue Zeitungskonzept passte gut zum generellen politischen Scheinlegalitätskurs der NSDAP, die sich damit nicht nur bürgerlichen Leserkreisen ein Stück weit öffnete, sondern auch gegenüber der staatlichen pressepolizeilichen Überwachung weniger angreifbar war. Hatte das vierwöchige Verbot der Zeitung kurz nach ihrer Gründung im März 1929 noch eine gewaltige wirtschaftliche Kraftprobe für den Itzehoer Betrieb

dargestellt,<sup>21</sup> erfolgten 1930 und 1931 kaum noch Verbote des Blattes, das durch geschickte Formulierungen bemüht war, formale Verstöße gegen pressegesetzliche Bestimmungen zu vermeiden.

Wurden Verbote in der Darstellung nach außen seitens der Parteipresse auch als Möglichkeit genutzt, den eigenen ‚Martyrerstatus‘ zu propagieren und dadurch das Zusammengehörigkeitsgefühl innerhalb der Partei zu stärken, bemühte sich die Verlagsleitung hinter den Kulissen um eine Abkürzung des Verbots, und zwar nicht nur beim Reichsgericht, sondern auch beim Ober- und Regierungspräsidenten.<sup>22</sup> Die NSDAP bewegte sich damit spätestens seit 1930 erfolgreich im Werte- und Zeichensystem der konservativen Heimatbewegung und erschien vor allem im Lokalteil eher als nationaler, teils mittelständischer Heimatverein und weniger als radikale politische Partei oder sogar sozialistisches Schreckgespenst.



Foto: Stein

Bodo Uhse

## Personalwechsel

Die veränderte redaktionelle Leitlinie führte auch zu personellen Veränderungen. Der 1929 bei der Verlagsgründung aus Berlin rekrutierte, großstädtisch sozialisierte Offizierssohn und Hauptschriftleiter Bodo Uhse passte mit seiner Vergangenheit als Autor des linksgerichteten Strasserschen Kampf-Verlags, seinen Sympathien für die Sprengstoffanschläge der Landvolkbewegung und seinen radikal-sozialistischen Ideen weniger zur Neuausrichtung des Blattes, zumal er bewusst mehrere Strafverfahren wegen Beleidigungsklagen provozierte, die gegen einzelne Redakteure der *SHTZ* vor den Landgerichten angestrengt wurden. Uhse – der einen professionellen journalistischen Hintergrund besaß und differenzierte publizistische Strategien verfolgte<sup>23</sup> – sprach sich fortgesetzt gegen die suggerierte Provinzialität und Bodenständigkeit aus, drängte stattdessen ungebrochen auf radikale und weniger interaktiv wirkende Propagandaformeln. Diese Einstellung brachte ihn fast zwangsläufig in Konflikt zu Gauleiter Lohse.<sup>24</sup>

Im September 1929 führte Uhses Verhalten im Zusammenhang mit den kriminalpolizeilichen Untersuchungen infolge der Bombenattentate, die die radikale Landvolkbewegung auf öffentliche Institutionen verübt hatte, zu



einer Hausdurchsuchung bei der *SHTZ*. Uhse wurde verhaftet, große Teile seiner Privatkorrespondenz wurden beschlagnahmt. Mit dem aus Meldorf stammenden Prokuristen und Lokalredakteur Willy Ehlers, der als enger Vertrauter Lohses bereits NSDAP-Kreisleiter in Dithmarschen gewesen war, kam es wiederholt zu Auseinandersetzungen um den redaktionellen Kurs und die programmatische Ausrichtung der Zeitung, den Ehlers schließlich für sich entschied. Auch Geldgeber Schneider brach mit Uhses radikal-sozialistischem Politikverständnis.<sup>25</sup>

Die Auseinandersetzungen führten 1930 zu Uhses Entlassung bei der *SHTZ*. Sein Nachfolger Dr. Walther Fröbe passte besser zum neu propagierten Heimatblattkonzept. Zwar verfügte Fröbe – anders als Uhse – über vergleichsweise wenig journalistische Vorerfahrung, sondern war nach einem mit der Promotion abgeschlossenen Studium der Nationalökonomie erst arbeitslos und dann unterbezahlter Sekretär bei der Handwerkskammer in Flensburg und Meldorf und somit in Interessensvertretungen des bürgerlichen Mittelstandes gewesen, deren Mitgliederzeitungen er betreute. Lohse setzte offenbar auf diese Vorerfahrung Fröbes, den er persönlich auf dem Hof des Dithmarscher NSDAP-Kreisleiters Martin Matthiessen rekrutiert und somit von Beginn an eng an seine Person binden konnte – was ihm bei Uhse nicht gelungen war.

Bezeichnend und der neuen Außendarstellung förderlich war, dass Fröbe zu diesem Zeitpunkt noch nicht einmal Mitglied der NSDAP war, sondern in die Partei erst im Februar 1931 eintrat. Gauleiter Lohse dürfte mit Fröbe bewusst auf einen parteilosen Redakteur gesetzt haben, der das Westküstenmilieu kannte, in ihm bodenständig verwurzelt und vernetzt war – Fröbes Bruder August war Geschäftsführer des Kreisbauernbundes und brachte es später zum Landrat im Kreis Südtondern – und damit über für die Partei wichtige Kontakte in der Region verfügte. Diese sollten dabei helfen, dass bürgerlich-konservativ ausgerichtete NSDAP-Sympathisanten der NSDAP das sozialistische ‚Schreckgespenst‘ Uhse schneller vergaßen.<sup>26</sup> Parteipolitische Grundsätze und charakteristische Kennzeichen der *SHTZ* blieben gleichwohl erhalten: Dazu zählten vor allem regelmäßige politische Kommentare zum Zeitgeschehen im Sinne der NSDAP, der die „Gesinnungsgemeinschaft“ als vorrangiges Ziel der redaktionellen Arbeit galt.

## **Zähmung der NS-Parteipresse nach der Machtübernahme**

Während sich die *Tageszeitung* somit aber bereits vor 1933 einem Heimatblattkonzept geöffnet hatte, schoss der *Kieler Volkskampf* noch nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 weiterhin scharf und kompromisslos gegen die von ihm schon zuvor publizistisch bekämpften gesell-

schaftlichen Gruppen, zu denen das Blatt auch die Bürgerlichen zählte. Mit einer ungebrochenen Lust an der revolutionären Umgestaltung und einem ungebrochenen Selbstverständnis, das die Parteipresse als „Fackelträger der Idee Adolf Hitlers“ betrachtete,<sup>27</sup> drohte die Zeitung weiterhin in Richtung der bürgerlichen Kieler Zeitungskonkurrenz unverhohlen mit Gewalt: „Und es ist gerade eine Lust zu sehen, daß es in Deutschland heute noch Leute gibt, die ernsthaft glauben, dass sich Hitler durch irgendso eine lächerliche Abstimmung von bezahlten Abgeordneten [...] wieder stürzen ließe! Wir haben jetzt den Zipfel der Macht in den Händen. [...] Eher wird man uns die Knochen zerschlagen, als dass wir die Macht wieder aus den Händen geben.“<sup>28</sup>

Mit solchen Kommentaren zielte Rix auf ein Verbot nicht nur der sozialdemokratischen, sondern auch der bürgerlichen Presse. Jedoch lehnte der zwischenzeitlich zum Oberpräsidenten avancierte NSDAP-Gauleiter Heinrich Lohse derartige Verbotsforderungen als unzureichend und unbegründet ab.<sup>29</sup> Mit solchen Entscheidungen in Zeitungsfragen lag Lohse auf dem von Reichsstellen eingeforderten offiziellen Kurs, der mit dem sozialrevolutionären Habitus lokaler kommunaler Kräfte und ihrer Vertreter wie Rix brach: Nationalsozialistische Propaganda sollte nicht nur im Gau Schleswig-Holstein im Zeitungswesen so unauffällig wie möglich in Erscheinung treten. Die propagandistische Gesamtwirkung sollte durch Dulden und teilweise durch Unterstützung privater Zeitungsverlage erhöht werden.<sup>30</sup>

Zwar hoben 1933 Notverordnungen das Grundrecht der Pressefreiheit vollständig auf. Die Presse sollte jetzt „ein Mittel zur Erziehung des Volkes zum Nationalsozialismus“ sein. Sprachanweisungen des neu gegründeten Berliner Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda schrieben ferner genau vor, was die Zeitungen berichteten und degradierten Journalisten meist zu ‚Hakenmachern‘ ministerieller Auflagen. Das Schriftleitergesetz und Berufsgerichte regelten den Berufszugang. Sozialdemokratische und jüdische Redakteure belegte es mit Berufsverboten. Gleichwohl wurde verantwortlichen bürgerlichen Journalisten und Verlegern eine Fortsetzung ihrer beruflichen Karriere nur in den seltensten Fällen unmöglich gemacht.<sup>31</sup> Dann traf es meist Personen, die bereits vor 1933 private Fehden mit NSDAP-Gauleiter Lohse oder anderen, jetzt einflussreichen NSDAP-Parteifunktionären ausgetragen hatten und nun durch nationalsozialistische, meist gemäßigt und wenig revolutionär wirkende Redakteure ersetzt oder in unpolitische Ressorts gedrängt wurden.

Entsprechende Maßnahmen beschränken sich fast alle auf das Jahr 1933 und erklären sich in erster Linie aus aufgestauten revolutionären Erwartungen und bereits vor 1933 initiierten Konflikten zwischen einzelnen Zeitungen und Nationalsozialisten.<sup>32</sup> Etablierte bürgerliche Verleger

und Journalisten blieben von den Reichsbehörden auch deswegen meist unbehelligt, weil sich sowohl das neu gegründete Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda als auch Lohse selbst von angestammten Kontakten und lokalen Beziehungen des bürgerlichen Pressepersonals eine bessere propagandistische Gesamtwirkung für die Durchsetzung der nationalsozialistischen Politik versprachen.

Es war somit erklärtes Programm des Reichspropagandaministeriums in Berlin, bei einer anfangs aus eigener Perspektive unumgänglichen personalpolitischen Kontinuität – zumal eigenes, fachlich qualifiziertes Personal in den eigenen Betrieben noch fehlte – eine nach außen hin möglichst unspektakuläre redaktionelle Gleichschaltung bürgerlicher Zeitungen zu erwirken und keinesfalls weiterhin in den Methoden der ‚Kampfzeit‘ zu verharren. Auch die eigene NS-Parteipresse sollte in diese Überlegungen einbezogen werden und jetzt nicht mehr Kampf-, sondern Regierungspresse sein, keine überzogenen Erwartungen mehr an die neue nationalsozialistische Regierung stellen und sie keinesfalls kritisieren.<sup>33</sup>

Dieser Wunsch nach einem neuen, gemäßigeren staatstragenden Schreibstil drückte sich u.a. in der Besetzung der Chefredakteurposten der nationalsozialistischen Parteipresse im Gau aus. Für die gauweit bald auflagenstärkste und bedeutendste Parteizeitung, die *Nordische Rundschau*, die aus der erzwungenen Zusammenlegung des ehemaligen NS-Wochenblatts *Volkskampf* sowie des enteigneten sozialdemokratischen Betriebs der ehemaligen Kieler *Volks-Zeitung* hervorgegangen war,<sup>34</sup> wurde im September 1933 der junge Wolf Meyer-Christian (Jahrgang 1902) berufen, der als Sohn einer Hamburger Professorenfamilie sein Universitätsstudium der Rechtswissenschaften beendet und während des Studiums im Nationalsozialistischen Studentenbund parteipolitisch aktiv gewesen war.

Bereits 1928 wurde Meyer-Christian als ‚alter Kämpfer‘ Mitglied der NSDAP Hamburg. Über die freie journalistische Mitarbeit und sein Engagement im Studentenbund lernte Meyer-Christian den damaligen Hamburger Gauleiter Albert Krebs kennen, der ihn für die Mitarbeit am nationalsozialistischen *Hamburger Tageblatt* gewann. Sein sich sozialrevolutionär gebärender Vorgänger in Kiel, Hinrich Rix, wechselte 1934 zeitweise zu einer NSDAP-Parteizeitung in Nürnberg, die unter der Regie von *Stürmer*-Herausgeber Julius Streicher weiterhin einen härteren Tonfall pflegte.

Der Wechsel von Rix zu Meyer-Christian im Chefressort der *Nordischen Rundschau* kann als programmatisch für die nach 1933 vorangetriebene Professionalisierung der nationalsozialistischen Parteipresse betrachtet werden. Der Sozialrevolutionär Rix mit seinem Lokalkolorit hatte als Galionsfigur der Redaktion ausgedient und wurde von einem bürgerlich sozialisierten, ortsfremden Repräsentanten wie Meyer-Christian abgelöst.<sup>35</sup>



Parteiamtliches Organ aus Kiel: die *Nordische Rundschau*

Als Meyer-Christian später zum Leiter der Reichspresseschule in Berlin avancierte, drängte Lohse schließlich nach einer Interimslösung erfolgreich auf eine Neubesetzung der Stelle durch den konservativen Schriftleiter Dr. Fritz Michel, den langjährigen Schriftleiter der bürgerlichen *Schleswiger Nachrichten*, der als einer der wenigen bürgerlichen Journalisten bereits vor 1933 offiziell in die NSDAP eingetreten war.

Michel galt Lohse als ein glaubwürdiger konservativer und durchsetzungsstarker Repräsentant der Kieler Parteizeitung, der in der Stadt Brücken zur Wirtschaft und zur Kriegsmarine schlagen sollte. Widerstände innerhalb der Partei, die sich gegen den langjährigen Freimaurer und Konservativen Michel richteten, hatten Gauleiter Lohse und der Schleswiger NSDAP-Kreisleiter und spätere Kieler Polizeipräsident Joachim Meyer-Quade bereits zuvor erfolgreich unterdrücken können. Lohse soll dabei persönlich beim obersten Parteigericht interveniert und es zu Sonderregelungen im Fall Michel angehalten haben.<sup>36</sup> Die Personalpolitik bei der *Nordischen Rundschau* zeigt, wie direkt NSDAP-Gauleiter Lohse die personalpolitischen Geschicke des Gauverlags bestimmen konnte und wie wenig zentrale Reichsstellen auf die Personalpolitik Einfluss nahmen.<sup>37</sup>

## Konsolidierung durch Enteignung und Umstrukturierung

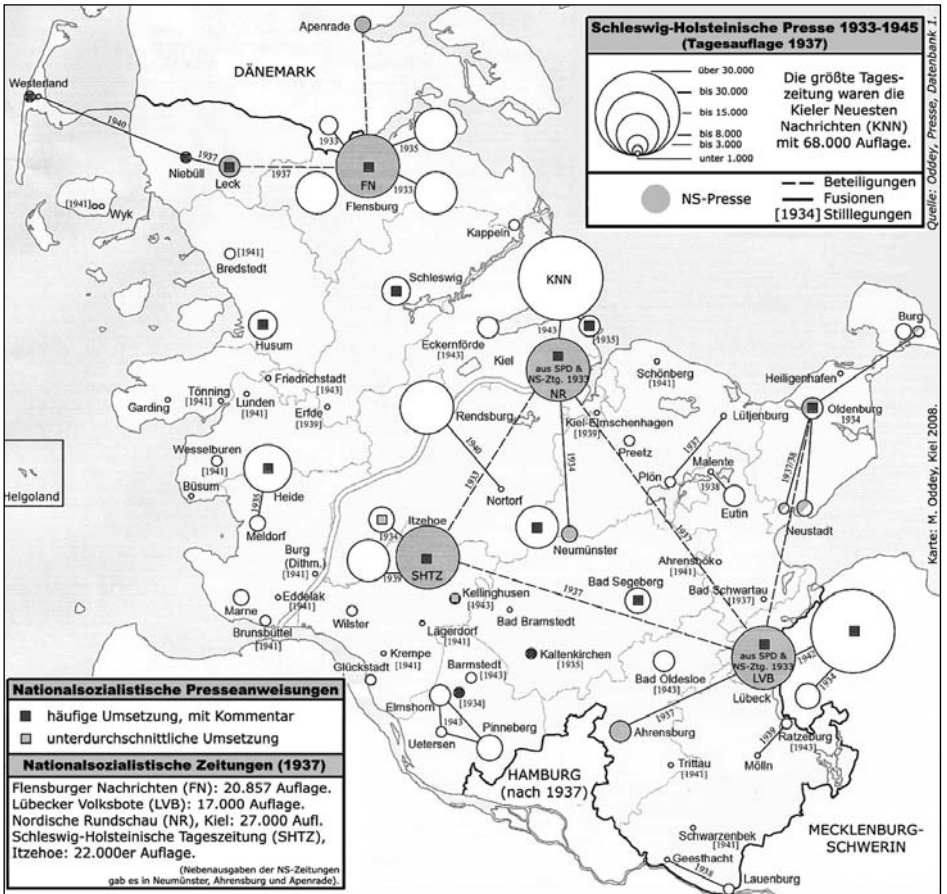
Die im Jahr 1933 wichtigste zeitungspolitische Aufgabe aus Sicht der NSDAP war neben der Absicherung des neuen propagandistischen Kurses und der darauf abgestimmten Personalpolitik aber die Konsolidierung des wirtschaftlich stark angeschlagenen eigenen Unternehmensbereiches gewesen. Nach 1935 schlossen sich zentral gelenkte Aufkaufbemühungen nationalsozialistischer Treuhand- und Beteiligungsgesellschaften an. Lohses erste Bemühungen zielten darauf, die Vermögenswerte der sozialdemokratischen *Volks-Zeitung* sicherzustellen und auf die NSDAP übertragen zu

lassen.<sup>38</sup> Zu diesem Zweck erfolgte bereits am 27. Mai 1933 die Besetzung der VZ-Redaktion in der Kieler Bergstraße. Barvermögen und Sachwerte wurden beschlagnahmt, Geschäftskonten gesperrt und einzelne Sozialdemokraten in Schutzhaft genommen.<sup>39</sup>

Die Inkorporierung sozialdemokratischer Verlage und ihrer Vermögenswerte bedeutete jedoch noch keineswegs automatisch eine Konkurrenzfähigkeit der *Nordischen Rundschau* mit den städtischen bürgerlichen General-Anzeigern, vor allem den *Kieler Neuesten Nachrichten*, die nach wie vor technisch besser ausgestattet waren, über weitreichendere finanzielle Mittel sowie ein fortschrittlicheres Vertriebssystem verfügten. Der Kieler Nationalsozialist und spätere Gaukulturwart Willi Ziegenbein soll die *Rundschau* daher noch 1935 polemisch mit Spott überzogen haben: „Die haben keine Ahnung von Journalismus [...] Miserabler Umbruch. Und die ollen Schrifttypen [...] Daß sich niemand schämt.“<sup>40</sup> Noch dazu sollten mögliche erwirtschaftete Gewinne des Betriebes zum Ausbau des Maschinenparks der SHTZ in Itzehoe verwendet werden, auf den Gauleiter Lohse als Aufsichtsratsvorsitzender des neuen NS-Gauverlages drängte.<sup>41</sup>

Eine unternehmensgesellschaftliche Umstrukturierung der Parteipresse im Gau zugunsten der NSDAP-Gauleitung, deren Verfügungsgewalt auf alle wirtschaftlichen und politischen Fragen Lohse sicherstellen wollte, galt ihm ohnehin als Herzstück seiner pressepolitischen Bemühungen nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten. Die privaten Lohndrucker Burzinsky in Itzehoe und Rucks in Kiel, die vor 1933 noch notwendige Druckmaschinen und das entsprechende buchdrucktechnische Know-how für die NS-Parteipresse gestellt hatten, erschienen der Partei seit Mitte 1933 verzichtbar und wurden wie in Itzehoe gegen die Zusicherung weiterer öffentlicher Druckaufträge aus laufenden Lohndruckverträgen als Mitgesellschafter ausgebootet.<sup>42</sup> Ihre Geschäftsanteile fielen an NSDAP-Gauleiter Lohse, der nach Neugründung der Firma als NS-Gauverlag Schleswig-Holstein GmbH mit der Abteilung *Nordische Rundschau* als Zweigniederlassung in Kiel bis 1935 Alleingesellschafter wurde.<sup>43</sup>

Zwischenzeitlich hatte Max Amann, Hitler-Vertrauter und Reichsleiter der Presse, in Berlin gegenüber Hitler längst auf die Notwendigkeit eines umfassenden, zentral gelenkten gesellschaftsrechtlichen Umbaus des nationalsozialistischen Pressewesens gedrängt und sich bei Hitler mit seinen Zentralisierungsplänen auch durchgesetzt.<sup>44</sup> Sämtliche Gauleiter sollten fortan nur noch Treuhänder des nationalsozialistischen Zentralverlages Eher sein und in dieser Funktion maximal 50 Prozent der Geschäftsanteile halten und verwalten dürfen. Die übrigen Anteile der Gauverlage sollten an die Standarte Druckerei- und Verlagsgesellschaft GmbH abgetreten werden, eine eigens für die Zusammenfassung der Gauverlage geschaffene



Die Presselandschaft in Schleswig-Holstein 1933–1945

Wirtschaftsprüfungs- und Handelsgesellschaft des Eher-Konzerns, die über ein Darlehen aus dem beschlagnahmten Vermögen der deutschen Gewerkschaften finanziert wurde.<sup>45</sup>

Diesen Zentralisierungsbemühungen konnte sich Gauleiter Lohse in Schleswig-Holstein aber jedoch offenbar zunächst erfolgreich widersetzen.<sup>46</sup> Die Vermutung, Lohse habe als Alleininhaber und späterer Treuhänder des NS-Gauverlags Schleswig-Holstein persönlich finanziell profitieren können, lässt sich aus den herangezogenen Quellen nicht belegen. Trotz der erzwungenen Eingliederung der enteigneten sozialdemokratischen Verlage und Druckereinrichtungen und trotz unzweifelhaft durchgeführter Anzeigenprivilegierung nahmen die Gauverlage geschäftlich gesehen reichsweit nur eine schleppende Entwicklung.<sup>47</sup>

## Schleppende Gewinnentwicklung

Noch schleppender verlief die wirtschaftliche Entwicklung der NS-Zeitung in Lübeck, die nach der Eingliederung der Hansestadt in den Gau Schleswig-Holstein infolge des Groß-Hamburg-Gesetzes von 1937 dem NS-Gauverlag Schleswig-Holstein zugeschlagen wurde. Hier erschwerten zuvor Auseinandersetzungen zwischen der Lübecker NSDAP-Kreisleitung und der Schweriner NSDAP-Gauleitung, die den *Lübecker Volksboten*<sup>48</sup> als potenziellen Konkurrenten für den eigenen *Niederdeutschen Beobachter* betrachtete, die wirtschaftliche Entwicklung nachhaltig.

Bereits 1934 eskalierte der Konflikt: Nachdem die Gauleitung in Schwerin das Lübecker Blatt offenbar finanziell benachteiligte und ihm kein eigenes Verteilerfahrzeug für den Vertrieb der Zeitung im Lübecker Hinterland, das in Mecklenburg lag, zur Verfügung stellen wollte, streute Chefredakteur August Glasmeier zusammen mit Verlagsleiter Brandt in Lübecker Parteikreisen bewusst das Gerücht, der verheiratete stellvertretende Gauleiter Rudolf Schildmann, seines Zeichens Treuhänder der NSDAP-Gauleitung Mecklenburg-Lübeck beim *Volksboten*, habe ein uneheliches Kind bei einem jüdischen Arzt in Berlin abtreiben lassen.

Glasmeiers Vorgehen bedeutete einen offenen Loyalitätsbruch gegenüber der ihm vorgesetzten Gauleitung, die folglich Parteiausschlussverfahren gegen ihn und Brandt beim Gaugericht Mecklenburg anstrebte. Gauleiter Friedrich Hildebrandt warf Glasmeier vor, in Lübeck ein geheimes System zur Bespitzelung der Gauleitung zu unterhalten und den *Volksboten* dafür als Kommunikations- und Verteilerplattform zu nutzen. Mit Hilfe persönlicher Kontakte in Berliner Parteikreise gelang es Glasmeier aber, eine gegen ihn erwirkte einstweilige Verfügung wieder aufheben zu lassen.<sup>49</sup>

## Zentral gelenkte Beteiligungsgesellschaften

Die Gewinnentwicklung der nationalsozialistischen Parteipresse in Schleswig-Holstein nach 1935 ist durchaus bemerkenswert. Sowohl Umsatz als auch Auflage stiegen zwischen 1934 und 1939 kontinuierlich.<sup>50</sup> Dieser Trend dürfte sich in den Kriegsjahren fortgesetzt haben, zumal bekannt ist, dass während der Kriegszeit der Informationshunger der Leser trotz der inhaltlichen Gleichschaltung besonders groß war. Dass es so kam, dafür war das jetzt auch in Schleswig-Holstein verstärkte Engagement der vom Eher-Verlag abhängigen Treuhand- und Holdinggesellschaften, insbesondere der Standarte, mitverantwortlich. Es trug Sorge dafür, dass vor allem die Parteipresse von der gesteigerten Nachfrage und den kriegswirtschaftlich bedingten Betriebsschließungen profitieren konnte.

Während sich die Standarte um die Umstrukturierungen und die Protektion der parteieigenen Presse bemühte, war die Vera Verlagsanstalt GmbH<sup>51</sup> für die Inkorporierung der auflagenstärkeren bürgerlich-städtischen General-Anzeiger-Presse verantwortlich. Als Voraussetzung für die Arbeit der Vera in Schleswig-Holstein muss berücksichtigt werden, dass der NS-Gauverlag Schleswig-Holstein im Unterschied zu vielen anderen Gauverlagen nicht von vornherein auf ein alleiniges Monopol der Parteipresse gesetzt hatte.<sup>52</sup> Frühe, bereits 1933 angestrebte Inkorporierungsversuche von bürgerlichen Zeitungen zugunsten der Parteipresse gingen vielmehr auf das Konto einzelner Parteifunktionäre und waren nicht das Ergebnis einer zentral gelenkten Ankaufpolitik durch den Gauverlag, der lediglich in Itzehoe auf den Erwerb der bürgerlichen *Itzehoer Nachrichten* gedrängt hatte, um seinen Maschinenpark modernisieren zu können. Kapital für weitere Aufkäufe oder Pachtverträge aber war kaum vorhanden.

Das änderte sich erst mit der Zentralisierung der Parteipresse, da jetzt auch Reichsmittel zur Verfügung standen. Von der Berliner Reichspressekammer und vom Eher-Verlag nach 1935 forcierte Zentralisierungsbemühungen wirkten sich in den agrarisch strukturierten norddeutschen Flächenprovinzen mit ihren kleinteiligen Pressemarktstrukturen weniger aus als in urbanen Zentren. Hier gab es auch – anders als im Süden – keine Presse des politischen Katholizismus und kaum eine auflagenstärkere großstädtische und in Konzernstrukturen integrierte General-Anzeiger-Presse, auf welche die Berliner Zentralisierungsbemühungen vor allem abzielten.

Auch der Gauverlag Schleswig-Holstein betrieb nach 1933 auf regionaler Ebene zunächst kaum einen systematischen Ausbau der Parteipresse auf Kosten bürgerlicher Zeitungsverlage. Auch die Androhung eines verschärften Konkurrenzkampfes unter Einsatz aller Parteimittel und unter Anwendung von Druckmitteln aller Art wie dem Entzug amtlicher Anzeigen und verschärfter Bezieherwerbung waren vor allem Ausdruck einer direkten wirtschaftlichen Konkurrenz zur bürgerlichen Presse und beschränkten sich nach 1935 offenbar auf die gezielte Verdrängung einzelner, an das Verbreitungsgebiet der *SHTZ* angrenzender Kreisstadtblätter wie in Heide oder in Husum. Sie richteten sich damit aber nicht gegen die auflagen schwächeren bürgerlichen Kleinzeitungen im Allgemeinen, die daher bis in die Kriegszeit hinein weitgehend ihre Randrolle spielen konnten.<sup>53</sup>

## **Kriegswirtschaftliche Konzentration**

Zentral gesteuerte Umstrukturierungen des schleswig-holsteinischen Pressemarktes erfolgten somit erst infolge kriegswirtschaftlich bedingter Stilllegungen. Mit zunehmender Umstellung auf Kriegspropaganda hatte das





Quelle: Sammlung Dönnike

Willy Ehlers

nach 1933 ideologisch aufgewertete Heimatblattkonzept propagandistisch ausgedient. Die neue zeitungspolitische Stoßrichtung formulierte Willy Ehlers, neuer Chefredakteur der aus *Nordischer Rundschau* und *Kieler Neuesten Nachrichten* fusionierten *Kieler Zeitung*, im Oktober 1942: „Es widerspricht dem alten Wikingergeist, im provinziellen Eigenleben Genüge zu finden. Wir wollen den Blick in die Weite [...] So erleben wir wacher denn je die Zeichen der Zeit und fühlen uns als Träger einer weltbewegten Entwicklung, die Brücken schlägt von Volk zu Volk.“<sup>54</sup>

Im Regelfall erschien den Presseverantwortlichen in Berlin und Kiel die Heimatblattpresse, sofern sie nicht abgelegene Regionen oder Inseln bediente, für dieses neue ‚Großdeutschlandkonzept‘ zunehmend verzichtbar; sie fiel somit häufig den kriegswirtschaftlich bedingten Stilllegungs- wellen der Jahre 1941 und 1943 zum Opfer.<sup>55</sup>

Nicht selten trat dann im Fall einer solchen, von der Berliner Reichspressekammer verfügten Stilllegung der Geschäftsführer des schleswig-holsteinischen Gauverlags, Helmuth Jäger, auf den Plan, um der betroffenen Zeitung ihr Verlagsrecht, teils auch ihre drucktechnischen Einrichtungen oft weit unter dem Realwert abzukaufen

und dem Gauverlag zuzuschlagen.<sup>56</sup>

Fast sämtliche Stilllegungen lassen sich dabei auf vertriebstechnische und kriegswirtschaftliche Gründe zurückführen. Während die auflagenstärkeren Kreisstadtzeitungen die Stilllegungswelle von 1941 in der Regel überlebten, mussten jetzt vor allem kleinere, auflagenschwächere Blätter – die zuvor vom Engagement der Vera kaum betroffen waren, ein Nischendasein fristen konnten und sich (von kleineren lokalen Konflikten abgesehen) in der Regel mit den neuen presserechtlichen Verhältnissen im Nationalsozialismus arrangierten – ihre Druckmaschinen anhalten. Das war insbesondere dann der Fall, wenn eine auflagenstärkere Zeitung in räumlicher Nachbarschaft erschien.<sup>57</sup>

Gewichtige Konzentrationen auf dem schleswig-holsteinischen Pressemarkt waren darüber hinaus die Zusammenlegung der *Pinneberger*, *Elmsborner* und *Uetersener Zeitung* zum *Holsteinischen Tageblatt* am Standort Pinneberg im bevölkerungsreichen Randgebiet zu Hamburg und vor allem

die Fusionen der zwei von der Vera – aufgrund von persönlichen Kontakten des Altverlegers Heinrich – zuvor weitgehend unbehelligten bürgerlichen *Kieler Neuesten Nachrichten* und der *Nordischen Rundschau* zur *Kieler Zeitung* sowie des *Lübecker General-Anzeigers* und des *Lübecker Volksboten* zur *Lübecker Zeitung*.

## Fazit

Von den Erfahrungen der Kriegszeit und vom Ergebnis des Jahres 1945 her gesehen stellt sich die Geschichte des NS-Gauverlags Schleswig-Holstein somit als eine Erfolgsgeschichte und als Resultat eines jahrelang systematisch zugunsten der Parteipresse vorangetriebenen Verdrängungswettbewerbs der bürgerlichen Presse dar. Der Einruck einer übermächtigen NS-Parteipresse und ihres Gauverlags ist sicherlich auch Apologien betroffener bürgerlicher Verleger und Journalisten in ihren Entnazifizierungs-, Restitutions- und Wiedergutmachungsverfahren geschuldet, die Mitverantwortung leugneten.

Einer näheren Betrachtung hält dieser Befund jedoch nicht Stand. Vielmehr sollte das Ausmaß der direkten Konkurrenz durch die nationalsozialistische Tageszeitung und der von ihr und der NSDAP getragenen Boykottaktionen gegen die bürgerliche Presse vor 1933 nicht überbewertet werden. Die *SHTZ* erreichte trotz zwischenzeitlich beachtlicher Auflagengewinne, die aber seit 1930 bei Weitem nicht an die Zuwachszahlen der Wähler und Parteimitglieder heranreichten, bis Anfang 1933 lediglich die Auflagenhöhe einer größeren Kreisstadtzeitung und blieb an den regionalen Anzeigenmarkt der Kreise Dithmarschen und Steinburg gebunden.

Die städtischen Parteizeitungen der NSDAP, der *Kieler Volkskampf* und der *Lübecker Beobachter*, wurden zunächst lediglich als Wochenzeitungen herausgegeben. Damit bestätigt die Untersuchung empirisch nicht abgesicherte Einschätzungen, dass für die Annäherung der Provinzpresse an die NSDAP der „vorausseilende Selbstgleichschaltungsprozess, der der NSDAP das ideologische Vorfeld bereitete und sie zunehmend salonfähig machte, [...] bedeutsamer war als der eigene Presseapparat der NSDAP“.<sup>58</sup>

Der Weg zur Kontrolle der öffentlichen Kommunikation führte wie tendenziell überall im Reich auch in Schleswig-Holstein nicht allein über Zensur- und Repressionsmaßnahmen wie insbesondere die Installation des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda und der Reichspressekammer, sondern auch über ökonomische Konzentration und strukturelle Modernisierung. Die erste und wichtigste zeitungspolitische Aufgabe aus Sicht der NSDAP nach 1933 war dabei die wirtschaftliche und redaktionelle Konsolidierung des eigenen Unternehmensbereiches. Gleich-

wohl setzte NSDAP-Gauleiter Lohse entgegen den Kompensationswünschen lokaler Parteifunktionäre, die auf eine umfassende Gleichschaltung drängten, auf Selbstregulierung und griff nur in Einzelfällen hart ein und durch. Die Enteignung der sozialdemokratischen *Volks-Zeitung* sanierte den NS-Gauverlag. Trotz Zwangsbezugs für alle Parteigenossen und Beschäftigten des öffentlichen Dienstes blieben regionale NS-Zeitungen aber bürgerlichen General-Anzeigerblättern, vor allem im Bereich der Anzeigen, zunächst weiterhin unterlegen. Das lag auch daran, dass das System unterschiedliche Publikationsforen benötigte, um auch gegenüber einem bürgerlich-traditionellen Leser- und Inserentenkreis die Übernahme nationalsozialistischer Formeln akzeptabel und glaubwürdig darstellen zu können.

Erst nach 1935 schlossen sich schrittweise fortschreitende Aufkaufversuche nationalsozialistischer Treuhand- und Beteiligungsgesellschaften an, die zentral aus Berlin initiiert wurden. Doch trafen politisch gesteuerte ökonomische Konzentration und strukturelle Modernisierung den kleinteiligen regionalen Pressemarkt bis Kriegsausbruch überwiegend nur in den wenigen kreisfreien Städten. Erst infolge kriegswirtschaftlich begründeter Schließungen mussten dann viele kleinere Zeitungen ihr Erscheinen einstellen.

## Anmerkungen

1. Programmatische Äußerung von Hinrich Lohse in der *Schleswig-Holsteinischen Tageszeitung* vom 2.1.1929.

2. Vgl. u.a. die Erinnerungen des Rendsburger Verlegers der *Schleswig-Holsteinischen Landeszeitung*, Ferdinand Möller, in seinem Entnazifizierungsverfahren, in: Landesarchiv Schleswig-Holstein (LAS) 605/10, und Möllers Personalakte bei der Lizenzierungsbehörde in: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (BAB), BDC, RKK 171/38. – Dieser Beitrag basiert auf meiner 2005 an der Universität Flensburg angefertigten Dissertation zur schleswig-holsteinischen Presse im Nationalsozialismus. Vgl. Markus Oddey, *Unter Druck gesetzt. Presse und Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein. Struktur – Wahrnehmung – Herrschaftsakzeptanz*. Eutin 2006, bes. S. 60ff. sowie 279ff.

Vorarbeiten zur schleswig-holsteinischen Parteipresse für die Aufstiegjahre des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein liefern Rudolf Rietzler, *Gegründet 1928/29: Die Schleswig-Holsteinische Tageszeitung*. In: Erich Hoffmann/Peter Wulf (Hg.), „Wir bauen das Reich“. Aufstieg und erste Herrschaftsjahre des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein. Neumünster 1983, S. 117–133, sowie Kay Dohnke, *Propagandistische Aktion und politische Erkenntnis. Der Schriftsteller Bodo Uhse und seine Itzehoeer Zeit (1929–1931)*. In: Itzehoe. Geschichte einer Stadt in Schleswig-Holstein, Bd. 2, Itzehoe 1991, S. 287–300.

3. Schneider stellte einen beträchtlichen Anteil am Gründungsvermögen der GmbH aus den Erträgen der Mühlsteinfabrik seines Schwiegervaters, in der er als Prokurist arbeitete. Als überzeugter Nationalsozialist, Gaukulturleiter und enger Vertrauter, zeitweise sogar Stellvertreter von Gauleiter Lohse gilt er als Gründungsmotor des Zeitungsprojektes. Vgl. Dohnke, *Propagandistische Aktion*, S. 289f.

4. Vgl. Handelsregisterauszüge des Amtsgerichts Itzehoe, in: LAS 355/AG IZ, Nr. 923.

5. Vgl. die Berichte des Landrats Steinburg an den Oberpräsidenten, in LAS 309/22668.

6. Vgl. die Kritik Lohses in einem Rundschreiben an alle NSDAP-Bezirks- und Ortsgruppenführer vom 22.8.1929, in: LAS 301/4557.

7. Vgl. Bodo Uhse, *Söldner und Soldat*. Taschenbuchausgabe Berlin 1994. S. 160-161. Vgl. dort auch Kay Dohnke, *Von den merkwürdigen Memoiren eines jungen Mannes*. Bodo Uhse's Exilroman „Söldner und Soldat“ als Dokument deutscher Geschichte. Nachwort, S. 299-325. Das Buch erschien zuerst 1935. Uhse's Erinnerungen werden durch verschiedene Anfragen von Anwälten und Firmen beim Itzehoer Amtsgericht, die die *SHTZ* wegen offener Rechnungen verklagen wollten, gestützt. LAS 355/AG IZ, Nr. 923.
8. Vgl. NSDAP Gau Schleswig-Holstein Rundschreiben an alle Ortsgruppen vom 5.3.1929, Rundschreiben NSDAP-Gauleitung Nr. 10 vom 16.3.1929, in: LAS 301/4557. Vgl. die Entwicklung für den Gau Osthannover bei Peter Stein, *Die NS-Gaupresse 1925–1933*. Forschungsbericht – Quellenkritik – neue Bestandsaufnahme. München 1987, S. 98.
9. Der Landrat des Kreises Schleswig an den Regierungspräsidenten vom 5.8.1930. Überblick über NSDAP-Mitgliederstand zum 1.8. und deren *SHTZ*-Bezug, in: LAS 309/22998. Erfasst wurden NSDAP-Ortsgruppen mit mindestens zehn Parteimitgliedern. Offensichtlich spielte der NSDAP-Ortsgruppenleiter eine entscheidende Rolle für die Bezugsquote.
10. Auflagenstatistik der NSDAP-Parteipresse im Hauptamt der NSDAP nach Bundearchiv berlin (BAB) NS 26/1119. Vgl. die Tabelle auf Seite 77.
11. Vgl. Auflagenhebungen der NSDAP-Parteipresse durch das NSDAP-Hauptamt, in: BAB NS 26/1050.
12. Die schleswig-holsteinische NS-Parteipresse umfasste neben der *SHTZ* folgende Wochenzeitungen: *Kieler Volkskampf* (8/1931 bis 6/1933, am 1.7.1933 umgewandelt in die Tageszeitung *Nordische Rundschau*); *Flensburger NS-Zeitung* (7/1932 bis 6/1933, hg. von der NSDAP-Kreisleitung Flensburg, Nebenausgabe des *Volkskampfs*); *Wandsbeker Beobachter* (8/1928 bis 1933ff., mit Nebenausgabe *Stormarmer Beobachter*, 9/1932 bis 1933); *Lübecker Beobachter* (5/1929 bis 5/1933, Nebenausgabe des *Niederdeutschen Beobachters*, Schwerin, hg. von der NSDAP-Gauleitung Mecklenburg-Lübeck, seit 1.10.1930 Tageszeitung; *Der Nationalkampf* (7/1932 bis 3/1933, Verleger: Hermann Schnoor, Schriftleiter: Willy Scharf, Neumünster), ab 1.4.1933 *Holsten-Wacht* (Schriftleiter: Alfred Todt), ab 15.2.1934 ersetzt durch *Nordische Rundschau* (Kiel) mit Beilage Neumünster. Vgl. LAS 301/5816, ZV vom 3.3.1934; Stein, *NS-Gaupresse*, S. 223.
13. Vgl. BAB NS 26, Nr. 1047.
14. Vgl. BAB NS 22, Nr. 1069, Gauleitung Hamburg an ROL, Beschwerde über GIHH vom 17.3.1931, ROL NSDAP an NSDAP Gauleitung Schleswig-Holstein vom 30.3.1931. Von den angedrohten Parteiausschlussverfahren wurde offenbar aber kein Gebrauch gemacht.
15. Hinrich Rix, *Wie die ‚Nordische Rundschau‘ wurde*. In: *Die Nordmark im Aufbau – Sonderbeilage der NR*, 20.3.1937. Zur *VZ* vgl. Regine Bigga/Uwe Danker, *Die Schleswig-Holsteinische Volkszeitung 1892 bis 1968*. In: *Demokratische Geschichte* 3 (1988), S. 427-436.
16. Vgl. für Niedersachsen Stein, *NS-Gaupresse*, S. 113.
17. Vgl. diese Einschätzung schon ebd., S. 62-75.
18. Vgl. *SHTZ*, 12.4.1929.
19. Vgl. Stein, *NS-Gaupresse*, S. 107.
20. Vgl. Gerhard Paul, *Aufstand der Bilder. Die NS-Propaganda vor 1933*. Bonn 1992, S. 8. Vgl. BAB NS 22, Nr. 4. Auf Reichsebene gab es noch bis zum 27.6.1932 eine Differenzierung zwischen Kampfpresse und Tageszeitungspresse (Auseinandersetzungen zwischen NSDAP-Reichspressechef Otto Dietrich und Gregor Strasser).
21. Vgl. LAS 301/4568. Regierungspräsident an Oberpräsident vom 11. März 1929.
22. Vgl. LAS 301/4563. Dort vor allem die Korrespondenzen zwischen Oberpräsidium und dem preußischen Innenministerium.
23. Vgl. Kay Dohnke, *Völkischer Nationalismus und revolutionärer Habitus. Publizistische Strategie und ideologischer Wandel Bodo Uhse's (1927–1932)*. Eine Fallstudie zur Weimarer Rechten. In: *LiLi. Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik* Heft 95 (1994), S. 51-61.
24. Vgl. auch die autobiografischen Erinnerungen von Uhse. Zu dessen Konflikt mit Gauleiter Lohse vgl. Dohnke, *Propagandistische Aktion*, S. 291.

25. Vgl. Dohnke, Propagandistische Aktion, S. 294-295.
26. Zu Fröbe vgl. vor allem seine allerdings erst 1988/89 niedergeschriebenen Lebenserinnerungen, die mir seine Witwe, Frau Esther Fröbe, freundlicherweise zur Verfügung stellte.
27. Hinrich Rix, ‚Warum nationalsozialistische Presse‘. In: NR, 20.7.1933.
28. Hinrich Rix in VK, 4.2.1933.
29. Vgl. LAS 301/5821: Schreiben Oberpräsident an Regierungspräsident vom 20.3.1933.
30. Die auf der Reichsebene angestrebten Veränderungen durch eine auch für Schleswig-Holstein wirkende repressive Pressegesetzgebung sind nicht Gegenstand der Untersuchung. Zu den entsprechenden Maßnahmen (u.a. Schriftleitergesetz, Gründung der Reichspressekammer sowie die sogenannten Amann-Verordnungen) auch im Hinblick auf ihre Auswirkungen für Schleswig-Holstein vgl. Oddey, Unter Druck gesetzt, S. 224-241.
31. Vgl. Norbert Frei/Johannes Schmitz, Journalismus im Dritten Reich. München 1989. – Mario Göhring, Von Zeitungsverboten, Gleichschaltung und dem ‚Kampf um die Leserschaft‘. Methoden der ‚Nazifizierung‘ der Presse zwischen 1930 und 1934 am Beispiel ausgewählter Zeitungen aus Kiel, Lübeck und Flensburg. Magisterarbeit, Kiel 1994.
32. Vgl. Oddey, Unter Druck gesetzt, S. 250-251.
33. Vgl. entsprechende Anweisungen an die Parteipresse, in: BAB NS 2, Nr. 906.
34. Auf diesen wichtigen Aspekt wird weiter unten noch ausführlich eingegangen.
35. Vgl. die Untersuchungen aus Rix’ Entnazifizierungsverfahren, in: LAS 460.535.
36. Zu Michel vgl. Falk Ritter, Dr. Fritz Michel 1895–1978 – Hauptschriftleiter der ‚Schleswiger Nachrichten‘ 1923–1937, 1949–1965. In: Beiträge zur Schleswiger Stadtgeschichte 46 (2001), S. 121-156, hier S. 125/142, sowie Michels Spruchgerichtsverfahren, in: BAK Z 42/21169/V/1732b.
37. Ähnlich drehte sich das Personalkarussell auch bei den *Flensburger Nachrichten*. Hier wurde Fröbe, der sich seit 1929 bei der *SHTZ* in Itzehoe bewährt hatte, neuer Chefredakteur. Sein Nachfolger in Itzehoe bei der *Tageszeitung* wurde der bisherige Provinzredakteur Ehlers. Vgl. Oddey, Unter Druck gesetzt, S. 271-272.
38. Vgl. LAS 301/4507. Schreiben Lohses an den Polizeipräsidenten Kiel vom 26. Mai 1933.
39. Vgl. *KIZ* vom 28.5.1933. Die Aktion wurde erst nachträglich legitimiert durch das ‚Gesetz über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens‘ vom 14.7.1933. Vermögenswerte laut Schreiben Stapostelle Kiel an GeStapo Berlin vom 20. Juni 1933, in: LAS 301/4507. Grundstückswert: 47.000 RM, Gebäudewert: 380.340 RM, Betriebswerte: 100.000 RM, Warenvorräte 60.000 RM. Vgl. auch den späteren Entschädigungsprozess der Haase Druck GmbH Kiel gegen das Deutsche Reich, in: LAS 352, LG Kiel, 7632. Noch im August 1933 gab es schwere Konflikte zwischen der Provinz Schleswig-Holstein und dem preußischen Finanzministerium um die eingezogenen sozialdemokratischen Vermögenswerte, die schließlich zugunsten Preußens entschieden wurden. Vgl. GstaPK I Rep.151 A, N. 8213. Vgl. auch die Angaben in LAS 761/25583.
40. Dieses Zitat findet sich in unzuverlässiger Quelle bei Harald Eschenburg, Wind von vorn. Roman einer Machtergreifung. Hamburg 1980, S. 219.
41. Vgl. LAS 352, Kiel, 5264.
42. Vgl. Verfahren Rucks, in: LAS 358/2301-2302.
43. Die technische Modernisierung des Itzehoer Betriebs ermöglichte der letztendlich erzwungene Verkauf der bürgerlichen *Itzehoer Nachrichten* an den NS-Gauverlag im Jahr 1935. Zu den unternehmerischen Veränderungen vgl. LAS 355/AG Itzehoe, 923. Schreiben *SHTZ* an AG IZ vom 21.2.1935 mit Handelsregisterabschrift.
44. Vgl. BAB R 56 IV/16; NSD 14/2.
45. Vgl. Oron J. Hale, Presse in der Zwangsjacke 1933–1945. Düsseldorf 1965, S. 102 und 105.
46. Der Handelsregisterauszug des Amtsgerichts Itzehoe weist die Standarte Verlag GmbH noch 1935 mit einer deutlich geringeren Beteiligungssumme am Gauverlag als Gauleiter Lohse aus. Erst infolge der späteren Erhöhung des Stammkapitals aufgrund von Zeitungszusammenlegungen während der Kriegszeit im Jahr 1941 des Gauverlags besaß die Standarte Verlag

GmbH eine 50-prozentige Beteiligung am Gauverlag. Vgl. LAS 355/AG Itzehoe, 923. *SHTZ* Schreiben an AG Itzehoe vom 28.3.1936: 40.000 RM Anteile für 25.000 RM bei Lohse und zu 15.000 RM bei Standarte Verlag GmbH. Dagegen in Lübeck bereits 1935 treuhänderische Übernahme der Geschäftsanteile der Kreisleiter Schröder und Fredrich durch den Senat für den Franz Eher Verlag Nachf. GmbH. Vg. Archiv der Hansestadt Lübeck (AHL), NSA 12-2, IX, 3 12a Presse, Nr. 23 LVB.

47. Bis 1935 konnte offenbar kein Gauverlag wirtschaftlichen Profit erwirtschaften. Vgl. Norbert Frei, Nationalsozialistische Eroberung der Provinzpresse: Gleichschaltung, Selbstanpassung und Resistenz in Bayern. Stuttgart 1980, S. 147. Dagegen Peter Hüttenberger, Die Gauleiter. Studie zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP. Stuttgart 1969, S. 121. Ähnlich auch das Ergebnis der Untersuchungen des schleswig-holsteinischen Finanzministeriums nach 1945. Sofern überhaupt Reingewinne anfielen, wurden diese zur notwendigen Modernisierung der Parteibetriebe, insbesondere für den Vertrieb und den Maschinenpark, dringend benötigt. Außerdem wachten Vertreter der Standarte Verlag GmbH über Ausschüttungen und drängten auf die Refinanzierung möglicher Reingewinne in die Betriebe. Vgl. LAS 761/25557, Finanzminister Schleswig-Holstein an Wiedergutmachungsamt bei LG Lübeck vom 15.1.1953. Vgl. auch die Protokolle Gesellschafterversammlungen der Lübecker Wullenwever-Druckverlags GmbH in Lübeck vom 14.7.1937 und in Kiel vom 13.7.1938, in: AHL, NSA 12-2, IX, 3, 12a, Nr. 23 LVB.

48. Ähnlich wie in Kiel wurde auch in Lübeck die NS-Wochenzeitung, der *Lübecker Beobachter*, mit dem enteigneten sozialdemokratischen Blatt zusammengelegt und hier, anders als in Kiel, sogar der sozialdemokratische Titel übernommen.

49. Vgl. BAB BDC 13I, PK D 66 OP 1010-1024. Brief Glasmeiers vom 24.9.1934 an den Stellvertreter des Führers, Beschluss des Gaugerichts Mecklenburg-Lübeck vom 16.10.1935.

50. Entwicklung der (amtlich kontrollierten) Verkaufsauflage des Gauverlags Schleswig-Holstein nach ZV vom 19.8.1937. Regelmäßig wiederkehrende jahreszeitliche Schwankungen gab es durch Abonnementabbestellungen während der Erntezeit; sie konnten trotz wiederholter Werbemaßnahmen nicht verhindert werden.

51. Die 1917 gegründete Vera Verlagsanstalt GmbH (Berlin) hatte dem Hugenberg-Konzern zur Kontrolle der bürgerlichen Regionalpresse gedient; später vom Eher-Verlag übernommen.

52. Vgl. Hale, Presse, S. 113.

53. Vgl. LAS 460.7/451. Vgl. u.a. Aussage von Dr. Hans Burkhard Moeller vom 22. Juni 1946. Seit 1936 juristischer Referent im Reichsverband deutscher Zeitungsverleger Nordmark. Vgl. auch AHL, NSA 12-2, IX, 3, 12a Pressewesen, Nr. 23, LVB. Darin Redemanuskript von Amann vom 11.9.1936, an alle Gau-Zeitungen der NSDAP.

54. Willy Ehlers, Der Auftrag. In: *Kieler Zeitung* Nr. 230, 1.10.1942.

55. Vgl. den Brief des Finanzministers an den schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten vom 11.12.1951. In: LAS 605/964.

56. So etwa 1941 im Fall der *Kremper Zeitung* und ihres Verlegers Bruno Caspers. Vgl. LAS 605/8. Schreiben Caspers an den beratenden Presseausschuss vom 11.3.1949. Auch das technische Personal des bereits 1939 von der *SHTZ* aufgekauften *Nordischen Kuriers* (Itzehoe) wurde vom NS-Blatt übernommen. Vgl. LAS 605/242.

57. Zeitungstitel erschienen nach der Konzentrationswelle von 1943 in Schleswig-Holstein noch in: Flensburg, Kappeln, Schleswig, Kiel, Preetz, Plön, Eutin, Burg a.F., Neustadt, Lübeck, Lauenburg, Bad Segeberg, Bad Bramstedt, Neumünster, Rendsburg, Pinneberg, Glückstadt, Itzehoe, Wilster, Marne, Heide, Büsum, Garding, Husum, Wyk a. F. und Niebüll.

58. Paul, Aufstand der Bilder, S. 186.

## Der Autor

Markus Oddey, geb. 1974, Dr. phil. 1995–2005 Studium der Geschichte, Germanistik und Literaturwissenschaft in Kiel. Derzeit Gymnasiallehrer in Bad Segeberg. Div. Veröffentlichungen, u.a. zum Nationalsozialismus.